



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/128 - 6. Juni 1955

Hinweise  
auf den Inhalt

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Zu Blanks beerstehender Ernennung zum Verteidigungsminister	S.1
Der Pentagon setzt auf Frieden	S.3
Gnadenfrist für Hellwege-Regierung	S.5
Blockierter Eisenbahn-Telefonverkehr in Berlin	S.77

## Zwischen Gehorsam und Verantwortung

sp. Theodor Blank Verteidigungsminister. Noch vor einem halben Jahr wäre es möglich gewesen, diese Nachricht, unabhängig von der ihr zugrundeliegenden Politik, mit einer gewissen Zuversicht zu kommentieren. Heute ist grosse Besorgnis angebracht. Mit dem vorläufigen Freiwilligengesetz hat Blank einen Start der Wehrgesetzgebung zugestimmt, der weit von einer lebendigen Verantwortung für die Erhaltung und Festigung unserer Demokratie entfernt ist. Mit seinem Einverständnis mit der Verabschiedung anderer Wehrgesetzentwürfe, ohne vorangegangene Klärung der verfassungsrechtlichen und anderer gesetzgeberischer Grundfragen, hat er dem Gehorsam gegenüber dem Befehl Adenauers: "Die Aufstellung der neuen Wehrmacht wird um jeden Preis forciert", den Vorrang gegeben. Die Motive dieses Befehls sind dabei so unvertretbar wie seine Konsequenzen. Eine Forcierung der militärischen Verwirklichung der auf das halbe Deutschland begrenzten Verträge muss vor aller Welt als eine Aufforderung an die vier Mächte verstanden werden, sich auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu verständigen.

Die vorbehaltlose Einhaltung der Verfassung, der Einbau der Streitkräfte als dienendes Element in den Staat und die Nutzung jeder Möglichkeit, die Wehrgesetzgebung auf breitester parlamentarischer Basis zu beginnen, das sind die Forderungen, aus denen sich Blanks Verantwortung ergibt. Leider hat Blank diese Forderungen bereits vor Übernahme seines Ministeramtes ignoriert, In einer für seinen Amtsbereich entscheidenden Phase gab es für ihn nur den Befehl des Bundeskanzlers. Hält Blank

6. Juni 1955

an dem vorläufigen Freiwilligengesetz fest, anstatt von sich aus im Kabinett eine rechtlich und politischsaubere Lösung der Probleme zu fordern, dann ist eine Verschärfung auch der innenpolitischen Gegensätze unvermeidlich. Die Opposition wird gegen jeden Versuch, die neue Wehrmacht unter Ignorierung der Verfassung und durch Überrumpelung des Parlaments und der Öffentlichkeit aufzubauen, mit Entschiedenheit kämpfen. Gerade mit den ersten Wehrgesetzen muss sich zeigen, wie ernst es der Regierung und den Koalitionsparteien mit dem Einbau der Streitkräfte in die Demokratie und mit ihren feierlichen Versicherungen ist, die Wehrgesetzgebung auf breitester parlamentarischer Grundlage zu verwirklichen. Die Bundesratsdrucksache mit dem vorläufigen Freiwilligengesetz ist das Dokument, das festhält, welche Antwort die Bundesregierung im Mai 1955 auf diese Fragen gegeben hat.

Wenn man das Parlament mit Provisorien und Ermächtigungen überumpelt, dann geht es nicht mehr um sachliche Fragen der Einberufung und Besoldung von Freiwilligen, sondern um das Ja oder Nein zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie. Und da bestimmen nicht der Herr Bundeskanzler und nicht Herr Blank, was Demokratie ist. Da bestimmt unsere Verfassung, die Verantwortung vor unserem Volk und die Erfahrungen der Jahrzehnte, in denen mit einer auf die Demokratie keine Rücksicht nehmenden Wehrpolitik nicht nur Deutschland in den Abgrund geführt wurde. Kurt Schumacher hat einmal im Bundestag erklärt, die SPD werde es an militantem Einsatz für den Bestand der deutschen Demokratie nicht fehlen lassen. Dieses Wort gilt. Die SPD hat wiederholt erklärt, dass ihre Ablehnung der Deutschland in der Spaltung belassenen Aussenpolitik Adenauers die sachliche Mitarbeit an den Wehrgesetzen nicht ausschliesst. Das setzt aber voraus, dass von Anfang an und in jedem Wehrgesetz auch nicht einen Fingerbreit von den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen unserer Demokratie abgewichen wird. Wo diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, wird alleine der Kampf um die Wiederherstellung dieser Voraussetzungen im Vordergrund stehen.

Theodor Blank, der sich in den letzten Wochen mit für den Weg dieses Kampfes entschieden hat, wird sehr schnell den letzten Beweis dafür anzutreten haben, ob das sein Weg bleiben soll. Findet er zu der Haltung zurück, die er in der Vergangenheit in den Wehrfragen gegenüber dem Parlament und damit auch gegenüber der Opposition einnahm, so wird sich das für die ganze Öffentlichkeit ebenso zeigen wie die Entwicklung der letzten Wochen. Die Frage ist aber zu wichtig, als dass man ihr, wie in einer grossen deutschen Tageszeitung, mit psychoanalytischen Entschuldigungen (der Blank von heute, sei nicht der wirkliche Thoe Blänk usw.) oder mit einem Hinweis auf die stark strapazierten Nerven Blanks

gerecht werden könnte. "Fehlleistungen" in der Wehrpolitik bedrohen die Demokratie. Der Sicherheitsbeauftragte Blank hatte die Chance, mit dem ganzen Parlament das für die Wehrgesetzgebung notwendige gegenseitige Vertrauensverhältnis zu schaffen. Am Ende seiner an physischem Arbeits-einsatz reichen Amtszeit hat er diese Chance der Ausführung eines ein-samen Beschlusses des drängenden Bundeskanzlers geopfert.

+ + +

#### Krisen und Zweifel in der amerikanischen Landesverteidigung

H.S., New York, Anfang Jun

Amerikas Stimmungsbarometer steht auf Frieden und Abrüstung. Ohne auf die Resultate der bevorstehenden und zur Zeit noch recht nebelhaf-ten Viererkonferenz der Regierungschefs der vier Grossmächte zu warten, nimmt die öffentliche Meinung die in Wirklichkeit doch noch sehr fernen Ergebnisse der Konferenz vorweg und fühlt, dass eine internationale Ent-spannung eingetreten und der "Kalte Krieg" durch eine, vorübergehende oder dauernde, Ruhe- oder Friedensperiode ersetzt worden sei. Es wird von Mann auf der Strasse nicht beachtet, dass das Hauptgesprächsthema der Viererkonferenz, die Wiedervereinigung Deutschlands, ja noch gar nicht angeschnitten, geschweige denn gelöst ist: die Unterzeichnung des Friedensvertrages für Österreich und die stillschweigend eingetretene de-facto-Waffenruhe in der Meerenge von Formosa haben aber das psycho-logische Wunder bewirkt, die amerikanische Öffentlichkeit weich und verständlich zu stimmen.

#### Radikaler Stimmungsumschwung

Die Regierung hat zwar mehrfach vor verführtem Optimismus gewarnt, hat aber gegen den radikalen Stimmungsumschwung von anti-kommunistischer Unversöhnlichkeit zu gelassener "Leben-und-Leben-Lassen"-Philosophie nichts ausrichten können. Aussenpolitisch mag das durchaus angebracht sein, da für konkrete Abrüstungsverträge eine solche friedfertige Grund-einstellung Voraussetzung ist; aber andererseits ist dadurch für die Re-gierung doch auch in mehrfacher Hinsicht ein kritisches Dilemma entstan-den. Das amerikanische Volk mag, wie jedes Volk auf Erden, bereit sein, in Zeiten nationaler Notlage schwere Opfer auf sich zu nehmen; aber es ist sicherlich nicht bereit, solche Opfer zu bringen - zum Beispiel drückende Steuerlasten für gewaltige militärische Rüstungen - wenn die aussenpolitische Lage solche nicht erforderlich macht. Und vor diesem Dilemma steht heute der Pentagon.

#### Nachlassender Rüstungseifer

Das amerikanische Verteidigungsministerium weiss, dass der Kongress nicht um einen Dollar höhere Kredite bewilligt, als die öffentliche Mei-nung zu schlucken bereit ist. Präsident Eisenhower hat schon vor ander-halb Jahren, nach dem Ende der Feindseligkeiten in Korea, angefangen, die Mannschaftsstärke der amerikanischen Streitkräfte zu reduzieren, und zwar vorwiegend bei der Landarmee, die von insgesamt 21 Divisionen allmählich auf 17 Divisionen Stärke herabgesetzt worden ist. Nach dem Ausbruch des Krieges in Korea, im Herbst 1950, hatte Amerika fieberhaft wiederaufgerüstet und in der Tat in knaptester Zeit einen nagelneuen und höchst schlagkräftigen Verteidigungsapparat geschmiedet; im Laufe des Jahres 1953 galten die technischen Aufrüstungen als im wesentlichen abgeschlossen, der Rüstungseifer liess nach, und man beschränkte sich

6.6.1955

im wesentlichen darauf, technisch das erreichte Niveau an militärischer Schlagkraft zu halten. Einzig auf dem Gebiet der interkontinentalen schweren Bombenflugzeuge und der ferngesteuerten Geschosse experimentierte man noch weiter und schuf auch von Zeit zu Zeit neue Prototypen, - aber sogar der Rüstungseifer auf dem Gebiet der Atom- und Hydrogenwaffen hat nachgelassen, und in den Laboratorien der Atomenergie weht jetzt ausgesprochen friedlicher Forschungsgeist.

#### Ein Rücktritt als Protest

Nun hat einer der verdienstvollsten Offiziere des Landes, General Mathew Ridgway, Stabschef der Landstreitkräfte, sein Amt unter Protest niedergelegt, weil er die ständigen Kredit- und Bestandskürzungen in der Landarmee, zumeist auf Kosten der weniger scharf angepackten Flotte und Luftwaffe, nicht länger vertreten zu können glaubte.

Aber alarmierend war eine Nachricht, die der amerikanische Militärattaché in Moskau nach Washington drähtete: auf der Maifeierparade auf dem Roten Platz in Moskau wurden schwere russische Bomber, und zwar mit Düsenantrieb, gezeigt, geschwaderweise und nicht nur in Einzelmotoren, die offensichtlich den entsprechenden amerikanischen Typen dieser Art überlegen waren - und von denen Amerika effektiv nur winzige Mengen besitzt, während die Fabriken nur langsam zur Massenproduktion dieser schwersten und vielleicht kriegswichtigsten Waffentypen des Luftkrieges übergehen.

Das war ein harter Schlag für den Pentagon, da man bis dahin stets angenommen hatte, dass auf dem Gebiete der schweren Bomber Amerika im Rüstungswettlauf die unbestrittene Führung habe. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass England mit Düsenantrieb-Flugzeugen sehr viel weiter ist als Amerika, was ja allerdings die Amerikaner nicht zu beunruhigen braucht, - und dass auch die Russen auf diesem Gebiet aufgeholt und vermutlich sogar den Westen überholt haben.

#### Vertrauen in Eisenhower

Einzelne Sprecher des Pentagon, darunter auch Verteidigungsgeminer Wilson, haben diese Meldung aus Moskau bagatellisiert und die Öffentlichkeit beruhigt, während andere Stimmen, z.B. Senator Symington, der unter Präsident Truman Luftfahrtminister gewesen war, seither ohne Unterlass das Volk zu alarmieren suchen und vor der drohenden Luftüberlegenheit Moskaus warnen. Noch vor einem Jahre hätte ein solcher Bericht aus Moskau in der Tat das ganze Volk zutiefst erschüttert und gigantische Gegenrüstungen zur Folge gehabt; heute heisst es zwar, dass das Bauprogramm der Luftwaffe ein wenig aktiviert werden soll, - aber darüber hinaus ist jedermann kühl und gleichgültig geblieben. Parlamentariern, die sich auf Symingtons Seite stellten, wurde versichert, dass Präsident Eisenhower ja wohl genug von Militär verstehe und gewiss keinen verantwortungslosen Leichtsin an den Tag lege, und im Volk glaubt nun jeder Mensch an Frieden und Entspannung. Zweifel mögen bestehen bleiben, aber der Pentagon setzt auf Frieden.

einmal

+ +

- 5 -

Vom Volkssturm weggefegt

-dt Hannover

Zu spät hat sich die Regierung Hellwege bequemt, einen Ausschuss zu ernennen, der die Vorwürfe gegen den beurlaubten Kultusminister Schlüter untersuchen soll. Die zögernde Haltung des Kabinetts ist einigermaßen verständlich; man hatte sich mit dem Communiqué festgelegt, das den Göttinger Professoren in Verkennung der Sachlage politischen Druck auf Regierung und Parlament vorwarf und man brauchte daher einige Zeit, um sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen. Ob das jetzt gelungen ist, kann bezweifelt werden.

Der Regierungsausschuss wird nun überflüssig sein: die SPD verlangt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Sie ist im Landtag stark genug, um einen solchen Ausschuss durchzusetzen. Damit ist die SPD in einer entscheidenden Phase der Affäre Schlüter aus ihrer Reserve getreten. Sie hat, was nicht immer und nicht überall verstanden wurde, sich in den Anfängen zurückgehalten. Das geschah nicht ohne Absicht. Hätte sie in der Geburtsstunde dieser Affäre die Initiative ergriffen, wäre es den Verteidigern des Kultusministers leicht gefallen, die Kampagne gegen Schlüter als ein parteipolitisches Manöver der SPD darzustellen. Statt dessen liess die SPD die Regierung Hellwege "in ihrem eigenen Saft schmoren" und die Regierung war ungeschickt genug, mit dem Vorwurf des politischen Drucks noch Öl ins Feuer zu giessen. Das hat den Volkssturm entfesselt, von dem Schlüter weggefegt wurde.

Der "Schlüter-Ausschuss" wird der sechste Parlamentarische Untersuchungsausschuss in Niedersachsen sein; man hat also schon einige Erfahrungen mit dieser Einrichtung in Hannover gesammelt. Die Koalition, deren Einmaleins Schlüter "ministrabel" machte, ist in diesem Fall befangen, weil sie in den letzten Tagen einschliesslich der Regierung Mitglieder als einmal für Schlüter Partei ergriffen hat. Die Männer, die Schlüter das Ministerpatent gegeben haben, sollen sich nun selbst widerrufen - das hiesse, zuviel an Selbstüberwindung verlangen. Zwar wird die SPD auch in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Minderheit sein, aber die Statuten eines solchen Ausschusses bieten doch mehr Sicherheit als der gute Wille einer befangenen Partei.

Ministerpräsident Hellwege ist um diesen Start seiner Regierung nicht zu beneiden, auch wenn man sich in einem Anfall von Naivität das Gegenteil bescheinigte. Am stärksten hat das Prestige der FDP gelitten, die



## Die neue Pression gegen Westberlin

### EZ- Berlin

Mit der vor wenigen Tagen durchgeführten Trennung des bisher noch gesamtberliner Eisenbahntelefonnetzes hat die Pankower Regierung einen neuen Schlag gegen Westberlin zu führen versucht. Seit dem Durchschneiden dieser Telefonverbindungen sind praktisch 70 westberliner Eisenbahnstellen ohne Kontaktmöglichkeit mit den Ostberliner Zentralstellen, da nicht nur das Wählamtsnetz an der Sektorengrenze getrennt, sondern auch die Streckentelefonleitungen an den Eisenbahnübergängen zwischen Ost und West blockiert wurden. Zur Sicherung des durch Westberlin laufenden Interzonenverkehrs wurde eine einzige Leitung bestehen gelassen, während an den westlichen Grenzbahnhöfen sog. Meldeköpfe gebildet werden sollen, von denen aus auf dem Kurierwege Dienstmeldungen aus Westberlin nach der nächsten Ostberliner Eisenbahndienststelle Checks Weiterleitung an die zentralen Verkehrsstellen weitergegeben werden sollen.

Der politische Hintergrund dieser neuen östlichen Maßnahmen gegen Westberlin ist auf dem Gebiet der üblichen Nadelstiche zu sehen. Seit der amtlichen Pankower Regierungserklärung, dass die Einwohner der "Agentenzentrale Westberlin" sich auf "Härten gefasst machen müssten", sind von SED-Seite des öfteren derartige Drohungen ausgestossen worden. Wenn auch die automatischen Sicherungsanlagen des elektrifizierten Berliner S-Bahnverkehrs durch die Eingriffe in das gesamtberliner Fernsprechnet der Reichsbahn nicht beeinträchtigt worden sind, so ist nach Ansicht von Fachleuten doch mit einer Verstärkung der Gefahrenmomente zu rechnen, weil bei Unglücken und anderen Störungen des S-Bahnverkehrs in Westberlin die östlichen zentralen Reichsbahnstellen nur sehr schwer zu erreichen sein werden. Hilfsmaßnahmen bei Unglücken können nur von Ostberlin aus eingeleitet werden, da allein hier Unfallwagen und Werkzeuge zur Verfügung stehen. Die Behauptung der verantwortlichen Stellen in Ostberlin, dass die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs in keiner Weise gefährdet sei, trifft keineswegs zu.

Auf dem Hintergrund der allgemein sichtbaren Tendenz einer Entspannung zwischen West und Ost müssen die neuen gegen Westberlin gerichteten östlichen Massnahmen in einem mehr als seltsamen Licht erscheinen. Die neuen Massnahmen gegen Westberlin machen es notwendig, dass die zuständigen sowjetischen Stellen Rede und Antwort stehen, wenn nicht der Eindruck aufrecht erhalten werden soll, dass Moskau wohl auf der Generalinie mit Entspannungsgesten agiert, an der Frontlinie in Westberlin aber seine Pressionstaktik fortsetzt.

Der Senat von Westberlin hat bereits mit den zuständigen westlichen alliierten Stellen Beratungen über die neue Lage eingeleitet. Man sollte sich auf der Seite der Westmächtevertreter in Berlin keinesfalls passiv verhalten und als Entschuldigungsgrund den Hinweis zu bringen, dass der Eisenbahnbetrieb auch in Westberlin nach interalliierten Abmachungen allein der Zuständigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht untersteht.

Die Pläne, die über die Absicht der Schikane und Pressionen hinaus von den Pankower Stellen mit den neuen Massnahmen verfolgt werden, sind keineswegs klar. Es wäre durchaus möglich, dass die neueste Aktion die Vorbereitung für eine Spaltung des Berliner S-Bahnverkehrs darstellt. In dieser Richtung deuten auch Informationen aus Ostberlin, dass man hier die Bildung von zwei Reichsbahndirektionen, eine für West- und eine für Ostberlin plant. Die politische Lage in Berlin würde durch solche harten Fakten eindeutig gekennzeichnet sein und die Tendenz n, die auf eine Entspannung hindeuten, weitgehend entkräften.

+ + +

#### Witwen und Witwen

Eine Witwe, deren Mann am 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, erhält eine ODF-Rente von DM 170.-- pro Monat;

die Witwe des hohen Beamten, der den Betreffenden angezeigt hatte, dass er hingerichtet wurde, erhält nach dem 13ler-Gesetz eine Pension von DM 925.-- pro Monat.

Zwei Generalwitwen: Eine Generalwitwe, deren Mann Opfer des 20. Juli 1944 wurde, erhält eine ODF-Rente von DM 170.-- pro Monat.

Die andere Witwe, deren Mann im Kriege gefallen ist, erhält eine Pension von DM 1.200.-- pro Monat nach dem 13ler Gesetz,

Das sind nur einige Fälle unter vielen. Diese aufräzende Ungerechtigkeit in unserer bundesrepublikanischen Gesetzgebung bedarf einer dringenden Korrektur, schon um der Loyalität zu den Opfern des Dritten Reiches willen. Mit gelegentlichen Festtagsreden ist ihnen nicht geholfen. Ist es wirklich zuviel verlangt, dass den Angehörigen der Verfolgten zumindest ebenso viel Versorgung gebührt, wie den Angehörigen der Verfolger? Hier ist eine Lücke in der Gesetzgebung, die zu schliessen schon Anstand und ein Mindestmass an Gerechtigkeit fordern

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler